

Gegen das Vergessen



Die Abgeordneten Stefan Engstfeld (v.l.), Peter Biesenbach und Norbert Römer in Yad Vashem. Foto: André Zöhren

Das Verhältnis zu Israel ist und bleibt ein besonderes. Das hat die Delegation der Parlamentariergruppe NRW-Israel unter Leitung des Vorsitzenden der Gruppe, Norbert Römer, erfahren, als sie im Januar 2017 das Partnerland besuchte.

In Gesprächen mit dem Vorsitzenden der deutsch-israelischen Freundschaftsgruppe im israelischen Parlament, der Knesset, dem Vorsitzenden des Stadtrats von Tel Aviv oder auch mit Avi Primor, dem ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland, wurden intensiv die Beziehungen zwischen beiden Staaten sowie die aktuelle politische Situation und die Auswirkungen der Präsidentenwahl in den USA auf Israel diskutiert. Diese Themen standen ebenfalls auf der Agenda des Zusammentreffens mit der deutschen Gesandten in Israel und dem stellvertretenden Leiter der deutschen Vertretung in den palästinensischen Gebieten.

Bei einem Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem legte die Delegation im Namen der Landtagspräsidentin einen Kranz nieder. „Scham und Trauer erfüllen unsere Herzen, Vergebung und Frieden sind unsere Hoffnung“, sagte der Vorsitzende Norbert Römer anschließend.

Wirtschaftspolitische Fragen standen beim Besuch der Israelisch-Deutschen Außenhandelskammer im Vordergrund. Mit Givat Haviva – einer Kultur- und Bildungseinrichtung der Kibbuzbewegung HaArtzi – besuchte die Delegation die älteste und größte israelische Einrichtung im Bereich der jüdisch-arabischen Verständigungsarbeit. Givat Haviva fördert kulturellen und religiösen Pluralismus, bietet mit dem jüdisch-arabischen Zentrum für den Frieden eine Plattform gemeinsamen Kennenlernens und Miteinanders und unterstützt die Kooperation jüdisch-arabischer Kommunen.

Ferner informierte sich die Delegation über die gemeinnützige Gesellschaft Kfar Tikva, in deren Dorfgemeinschaft mithilfe von freiwilligen Helfern unter anderem aus Deutschland etwa 200 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen leben und arbeiten. *ar*

Porträt: Martin Börschel (SPD)

Martin Börschel ist ein Mann mit klaren Prinzipien, für den das Streben nach Gerechtigkeit Richtschnur allen Handelns ist. Die Wurzeln dafür wurden in der Familie gelegt. „Wir hatten nicht viel“, berichtet der Kölner. Der Aufstieg durch Bildung war also keineswegs vorgezeichnet: Der Vater, ein gebürtiger Schwabe, verdiente zunächst als Holzwerkzeugmacher, dann als Bauarbeiter den Familienunterhalt. Die Mutter kümmerte sich um die Erziehung der Kinder – und pflegt die Nähe zur katholischen Kirche. So wuchs Börschel gemeinsam mit seiner Schwester in einem christlichen Milieu auf, war Messdiener, trug die Kirchenzeitung aus – und war damit der Liebling der alten Damen.

„Die Umstände haben es gut mit mir gemeint“, ist der inzwischen 44-Jährige dankbar, in einer sehr liberalen Umgebung aufgewachsen zu sein. Eine Grundlage dafür waren die sozialdemokratischen Bildungsreformen, die einen höherwertigen Schulabschluss erst ermöglichten. Als Erster aus der Familie hat Börschel das Abitur gemacht. Er interessierte sich bereits auf der Montessori-Grundschule für Politik, informierte sich über die Inhalte der Parteien und war später von den Initiativen der Friedensbewegung beeindruckt. „Ich war ab der zehnten Klasse Schülersprecher und habe eine Schülerzeitung mit herausgegeben.“ Das war sein Zugang zur Politik. Es ging um Themen wie den Golfkrieg. „Wir haben Demonstrationen organisiert und überlegt, wie wir unsere Meinung bemerkbar machen können.“

In dieser Lebensphase war es nicht vorgezeichnet, dass er später als SPD-Fraktionschef im Rat als „König von Köln“ bezeichnet werden würde. „Das bin ich nicht, das war ich nicht – und so habe ich mich nie empfunden“, versichert Börschel, der im Zweiterberuf Kommunalpolitiker ist. „Das ist eine gute Mischung“, verweist er darauf, dass er die Interessen von Stadt und Land verknüpfen und damit Synergieeffekte erzielen kann. Aus seiner lokalen Sicht war die von den rot-grünen Mehrheitsfraktionen 2014 im Landtag durchgesetzte Erhöhung der Grunderwerbssteuer eine falsche Entscheidung, weil damit die ohnehin in Großstädten hochpreisigen Eigenheimbau-Pläne nochmals verteuert wurden. „Das war eine Entscheidung der inneren Konsequenz“, begründet er seinen Rücktritt als haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. „Die Erhöhung hatte nicht die negativen Auswirkungen, die ich befürchtet hatte. Da bin ich widerlegt“, verweist er auf die anhaltend hohe Nachfrage nach Grundstücken. Gleichzeitig warnt er aber vor „überbordenden energetischen Anforderungen“ beim Häuslebau.



Der Rückzug vom Sprecheramt habe ihm zugleich Respekt und Kritik eingebracht, aber deshalb sieht er sich in der Landtagsfraktion nicht isoliert oder gar auf verlorenem Posten. Dauerhaft dürfte die SPD nicht auf seine aktive Rolle verzichten können, denn viele Talente hat die Partei in dieser aufstrebenden Altersklasse nicht. Sogar Oppositionspolitiker bedauern, dass ihnen ein kluger Widersacher fehlt. Das dürfte wohl nur eine Übergangsphase sein, denn Börschels Wiedereinzug ins Landesparlament scheint bei den heimischen Mehrheitsverhältnissen ziemlich sicher zu sein. Mit ihm ist also weiter zu rechnen.

Statt „Papst oder Pilot“, wie er als Kind seinen Berufswunsch in Poesiealben verewigte, ist er Rechtsanwalt geworden. Wegen der Kölner Spendenaffäre, die er gemeinsam mit seinem Freund und Nachbarn Jochen Ott meistern musste, verzichtete er auf die angestrebte Promotion. Der praktizierende Katholik stand damals als mit Abstand Jüngster an der Spitze der SPD-Ratsfraktion – und nicht wenige rechneten mit seinem Scheitern. Doch Börschel hat sich – stets freundlich, verlässlich und mit beinahe preußischer Disziplin – durchgebissen.

Finanzpolitiker ermöglichen in Zahlen gegossene Gerechtigkeitspolitik, setzten damit auch die Grundlage des Zusammenlebens, das im gegenseitigen Respekt funktionieren müsse, sagt Börschel. Vorbeugende Politik sei eine „präventive Investition in die Gesellschaft“, deren Ertrag sich später auszahlen werde, so der Sozialdemokrat. Der verheiratete Vater einer neunjährigen Tochter hat als Mitglied des Untersuchungsausschusses Silvesternacht die „für den Staat zutiefst beschämende Katastrophe“ mit aufgearbeitet und dabei erfahren, dass die schweren Übergriffe auf Frauen trotz individuell größtmöglichen Einsatzes der Polizisten nicht verhindert werden konnten. Diese Eindrücke haben ihn auch geprägt. *Robert Vornholt*